**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
DES AUSSCHUSSES FÜR
BAUEN, STADTENTWICKLUNG
UND ORDNUNG**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
07. BSO 2014-2020
Sitzungsdatum:
28.04.2015

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 28.04.2015

Unter dem Vorsitz von Fred Fröschchen versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2015
2. Untersuchung der Kerngebiete (MK) gem. BauNVO in den Stadtteilen Übach und Palenberg
3. Bebauungsplan Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus 3. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
4. Antrag nach §4 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse; Änderung an der Geilenkirchener Straße
5. Anregung nach §24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Scherpenseel vom 12.09.2012 zur Umsetzung der Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungsrichtlinie
6. Leistungsfähigkeit der Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg, Antrag des Stadtverordneten Frank Kozian vom 23.02.2015
7. Erweiterungen zur Tagesordnung
8. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

9. Leistungsfähigkeit der Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg, Antrag des Stadtverordneten Frank Kozian vom 23.02.2015
hier: nicht öffentliche Informationen

10. Vergabeangelegenheiten
- 10.1. Vergabe - Rahmenvertrag zur Herstellung von Kanalhausanschlüssen und Reparaturarbeiten an der städt. Kanalisation
- 10.2. Vergabe - Erneuerung der Alarmierungsanlagen in den Grundschulen Übach, Palenberg, Frelenberg und Scherpenseel
- 10.3. Vergabe - Erneuerung der WC-Anlagen Grundschule Boscheln, Grundschule Frelenberg und Gymnasium SI
- 10.4. Vergabe - Sanierung von naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen im Schulzentrum
- 10.5. Vergabe - Brandschutzkonzept Schulzentrum
- 10.6. Vergabe - EDV-Netzwerk in der Realschule
- 10.7. Vergabe - Hydraulische Sanierung des Regenwasserkanals in der Heerleener Straße
- 10.8. Vergabe - BGV A3 Prüfungen ortsveränderlicher und ortsfester Anlagen
- 10.9. Vergabe - Reparaturen und Renovationen an der städtischen Kanalisation
- 10.10. Vergabe - Boschstraße - Verlängerung Erschließung Kanal und Straße mit Wendeanlage und Verlängerung Talstraße jeweils bis zur Grundstücksgrenze der PEGRA-V GmbH & Co. KG
- 10.11. Beauftragung der Pflege des Straßenbegleitgrüns an die Arbeiterwohlfahrt Service gGmbH, Übach-Palenberg
11. Erweiterungen zur Tagesordnung
12. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Tim Böven	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Frau Karin Fürkötter	SPD	als Vertreterin für Stadtverordneten Fibus
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	als Vertreter für Stadtverordneten J. Fröschen
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	

Herr Alf Ingo Pickartz	SPD
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Johannes Bröhl	CDU
Herr Günter Weinen	CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Norbert Ostermeier	Bündnis 90/ Die Grünen	als Vertreter für sachkundige Einwohnerin Glashagen
Herr Sebastian Schröter	CDU	

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Lürken	parteilos
-------------------	-----------

Abwesende sachkundige Einwohner

Herr Manfred Ehmig	SPD
--------------------	-----

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Frau Stadtoberamtsrätin Maria Luise Hermanns
Herr Jurist Marius Claßen
Herr Stadtbrandinspektor Detlef Mäntz
Herr Technischer Angestellter Achim Vogelheim
Herr Technischer Angestellter Achim Engels

Gäste

Herr Schnuis	Planungsbüro Raum-Plan
--------------	------------------------

Schriftführer

Frau Stadtoberinspektorin Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender F. Fröschen** alle anwesenden Ausschussmitglieder, Verwaltungsbedienstete, den Gast zu Tagesordnungspunkt 2, Herrn Schnüs, sowie den Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht zugestellt wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Es lagen keine Anträge zur Tagesordnung vor.

Stadtverordneter G. Gudduschat sagte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter Pickartz teilte mit, dass die SPD-Fraktion je am Ende der öffentlichen Sitzung und am Ende der nicht öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.03.2015**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Sicherheit und Ordnung vom 10.03.2015 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 **Untersuchung der Kerngebiete (MK) gem. BauNVO in den Stadtteilen Übach und Palenberg**

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass jede Stadt mit ihren Einkaufsmöglichkeiten werbe, aber der Leerstand in vielen Städten unübersehbar sei. Marktveränderungen und der zunehmende Internethandel würden vielen Geschäftsleuten zu schaffen machen. Wenn eine gewerbliche Immobilie so nicht mehr genutzt werden könne, bekäme der Eigentümer Einnahmeausfälle. Auch in Übach-Palenberg habe die Stadtverwaltung in den Einkaufsstraßen in Palenberg und Übach solche Erkenntnisse. Hinzu komme, dass die jeweiligen Bebauungspläne im Erdgeschoss zwingend eine gewerbliche Nutzung festsetzen. Im Interesse der Eigentümer soll diese planungsrechtliche Festsetzung geprüft werden. Ziel sei es, den Eigentümern zusätzliche Nutzungsoptionen zu ermöglichen und ihnen die Entscheidung zu überlassen, ob sie eine gewerbliche Nutzung wünschen oder barrierefreien Wohnraum in zentralen Lagen schaffen. Der Eigentümer soll an dafür geeigneten Stellen entscheiden können, was für ihn sinnvoller ist.

Die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum sei mit baulichen Veränderungen aber auch, so Wunsch der Stadtverwaltung, mit Gebäudeverschönerungen in den City-Lagen verbunden. Es gebe in Übach-Palenberg eine Nachfrage nach hochwertigem Wohnraum. Wenn diese auch in den zentralen Lagen von Palenberg und Übach gedeckt werden könnte, würde eine zusätzliche Nachfrage durch die dort künftig wohnenden Menschen geschaffen werden. Auch diese zusätzliche Nachfrage sei für die City-Lagen wichtig. Der Bahnhof in Palenberg solle hier auch als Standortvorteil für Berufspendler und Studierende erwähnt werden. Herr Schnuis vom Planungsbüro Raum-Plan werde den Ausschussmitgliedern nun die ersten Überlegungen vorstellen und erläutern sowie Ihnen danach auch Fragen beantworten. Er hoffe, dass die Verwaltung anschließend die Zustimmung der Ausschussmitglieder erhalte, diese Änderungen in den Bebauungsplänen vorzubereiten.

Herr Schnuis vom Planungsbüro Raum-Plan stellte den Ausschussmitgliedern die durchgeführte Untersuchung der Kerngebiete vor. Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt. Er skizzierte die heutige Situation in den Kerngebieten und erklärte das Ziel der Untersuchung, bei dem die folgenden drei Fragen eine zentrale Rolle spielen:

- Welche Bereiche entsprechen nicht der Funktion eines Kerngebietes?
- In welchen Abschnitten sind gesunde Wohnverhältnisse im Erdgeschoss gewährleistet?
- In welchen Abschnitten können im Erdgeschoss Wohnungen zugelassen werden ohne die Kerngebietsfunktion zu beeinträchtigen?

In verschiedenen Schritten wurde die Zahl der Vollgeschosse, die Ausnutzung der Grundstücke, die Erdgeschossnutzung, der Leerstand, die Nutzungsverträglichkeit, die Raumstruktur und die heutige Bebauungsplanfestsetzungen untersucht. Herr Schnuis präsentierte die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen getrennt nach den Stadtteilen Übach und Palenberg. Anschließend ging er darauf ein, welche Gewerbeflächen sich als Wohnraum eignen würden und welche Indikatoren bei der Beurteilung berücksichtigt wurden. Er nannte folgende Kriterien:

- Keine Verdrängung zentrenrelevanter Nutzungen
- GRZ max. 0,6
- GFZ max. 1,2
- Der Hausgrundriss gewährleistet eine gute, möglichst barrierefreie Umnutzung
- Belichtung, Besonnung und Beschallung gewährleisten gesunde Wohnverhältnisse
- Hinreichende Flächen für private Pkw-Stellplätze vorhanden

Zum Ende seiner Präsentation sprach er eine generelle Empfehlung aus.

Stadtverordneter Weißborn erkundigte sich, was Herr Schnuis unter dem Begriff Raumstörungen verstehe. Die Definition dieses Begriffes sei wichtig, um die Präsentation zu verstehen.

Herr Schnuis erklärte, dass in den von ihm gezeigten Bereichen mit Raumstörungen Wände und Raumkanten nicht vorhanden seien.

Stadtverordneter G. Gudduschat verwies auf die vorletzte Folie der Präsentation auf der ein Gebäude auf der Alten Poststraße braun eingezeichnet ist. Derzeit werde das Untergeschoss geschäftlich genutzt, oben befinde sich Wohnraum. Er fragte, ob die Geschäftsfläche bei Leerstand in eine Wohnung umgewandelt werden müsse.

Herr Schnuis antwortete, dass in diesem Gebäude eine Wohnung nach der Umwandlung generell zulässig wäre. Es handele sich um eine zusätzliche Nutzungsmöglichkeit. Die Nutzung als Geschäftsfläche schließe sich dadurch nicht automatisch aus.

Seitens der Ausschussmitglieder kam die Frage auf, warum in manchen Bereichen und Straßen eine zusätzliche Nutzungsfähigkeit empfohlen werde und auf welcher Grundlage die Entscheidungen getroffen worden.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass seitens einiger Eigentümer schon Anfragen bezüglich einer Umnutzung gestellt worden sind. Entscheidungsgrundlagen für eine planungsrechtliche Umwandlung seien die Empfehlungen des

Planungsbüros Raum-Plan, die man auf den letzten Folien der Präsentation sehe. Die Verwaltung strebe an, die Bebauungspläne bald zu ändern. Zuvor gebe man den Fraktionen die Zeit sich zu beraten.

Sachkundiger Bürger Bröhl machte darauf aufmerksam, dass das Konzept sich auf städtebauliche Grundlagen stützen solle und nicht auf die Zurufe der Anwohner.

Stadtverordneter Pickartz lobte den informativen Vortrag und dass die städtebauliche Komponente bei der Untersuchung eingeflossen sei. Er sehe die Ergebnisse der Untersuchung jedoch sehr differenziert. Er glaube beispielsweise nicht, dass durch die Umnutzung der Geschäftslokale die Fassaden der Häuser hochwertiger werden. Er machte darauf aufmerksam, dass die Sanierung der Hausfassaden auch ganz schnell zu einem städtebaulichen Fiasko werden könnte, wenn es keine Gestaltungsvorgaben gebe. Man sollte überlegen, ob eine Gestaltungssatzung sinnvoll wäre. Desweiteren gebe es eine Nachfrage nach preiswertem Wohnraum. Dieser stehe im Gegensatz zu hochwertigem und barrierefreiem Wohnraum.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass durch die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum in Stadtlage mit zusätzlichen Einnahmen bzw. höheren Einnahmen zu rechnen ist. Er äußerte die Hoffnung, dass die Eigentümer diese Einnahmen zur Verschönerung der Gebäude einsetzen werden. Er vertrete die Meinung, die Vorgaben bei der Schaffung von Wohnraum in City-Lage nicht zu hoch zu setzen.

Sachkundiger Bürger Weinen sagte, dass er die zuvor geäußerten Bedenken gut nachvollziehen könne. Zum einen wolle man keine Leerstände in den Geschäftszentren und zum anderen wolle man, wenn Wohnraum geschaffen werde, hochwertigen Wohnraum. Der Ausschuss müsse gut überlegen, wie man diese Ziele erreichen könne und zudem müsse er darauf achten, dass das Erscheinungsbild der Stadtzentren gut werde. Es sei ein gewaltiger Spagat. Er sagte, dass man die anstehenden Entscheidungen nicht zu schnell treffen sollte, warnte jedoch auch davor, die Entscheidung auf die lange Bank zu schieben.

Stadtverordneter G. Gudduschat sagte, dass die CDU-Fraktion der Verwaltung grünes Licht gebe und diese weiter in die eingeschlagene Richtung marschieren könne.

Stadtverordneter Weißborn sagte, dass er der Verwaltung heute noch kein grünes Licht dafür geben könne, die Änderungen in den Bebauungsplänen vorzubereiten. Er würde gerne erst in einer der nächsten Sitzungen über das genaue Vorgehen sprechen und sich vorher ausgiebig mit der Untersuchung und den Ergebnissen beschäftigen.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen wies darauf hin, dass die Sitzungsvorlage keine Beschlussempfehlung enthalte. Der Ausschuss nehme den Vortrag zur Kenntnis und werde sich in einer der nächsten Sitzungen erneut mit dem Thema befassen.

*Der Niederschrift ist als **Anlage 2** der Endbericht des Planungsbüros Raum-Plan zur Untersuchung der Kerngebiete beigefügt.*

**3 Bebauungsplan Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus 3. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits-
und Behördenbeteiligung**

Technischer Angestellter Engels zeigte den Ausschussmitgliedern den Übersichtsplan über die Änderung des Bebauungsplans 56.2 und entschuldigte sich dafür, dass der Plan erst nachträglich im Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt wurde. Er erklärte, dass die Verwaltung mit den vorgesehenen Änderungen für den Bebauungsplan Nr. 56.2 Gewerbe und Industriegebiet Weißenhaus auf die Bedürfnisse der ansässigen und zukünftigen Betriebe eingehe. Die im Bebauungsplan festgesetzten Höhenbegrenzungen von 10,00 m über Straßenhöhe in den Bereichen GI 1, GI 2, GI 3, nördlich der Verlängerung der Boschstraße, und von 140 m ü. NN für den gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes werden rausgenommen. Die Festsetzung diene ursprünglich zum Schutz der ehemaligen Sendeanlage des WDR im Beggendorfer Hof. Diese Anlage sei jedoch seit vielen Jahren abgeschaltet und befinde sich im Besitz der Stadt Übach-Palenberg. Die Höhenfestsetzung stehe den Planungen eines Unternehmens im Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus entgegen.

Eine weitere Änderung betreffe die äußere Umrandung/Eingrünung des Gewerbegebietes. Diese betrage derzeit teilweise 30 m. Diese Breite sei jedoch nicht mehr zeitgemäß, da der Freiflächenverbrauch sehr groß sei. Die erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen werde man gegebenenfalls auf einer externen Fläche durch höherwertige Maßnahmen vornehmen. An der westlichen Seite, in Richtung Wohngebiet Im Kauert, soll der Grünstreifen zukünftig eine Breite von 10,00 m haben und zusätzlich mit einem Lärmschutzwall versehen werden. Diese Reduzierung der Grünstreifen ermögliche es, wertvolles Gewerbeland intensiver zu nutzen.

Die Umwandlung einer nicht hochwertigen Grünfläche an der Talstraße in eine Gewerbefläche sei die dritte geplante Änderung. Das ursprünglich an der Stelle ausgewiesene Regenrückhaltebecken sei im Jahr 2005 unter der damals errichteten Logistikhalle der Firma SLV angelegt worden und sei somit obsolet. Die Grünfläche sei zu klein, um eine vollwertige ökologische Funktion zu haben und wurde bereits an einen an der Talstraße ansässigen Gewerbebetrieb veräußert.

Stadtverordneter G. Gudduschat erkundigte sich, welche Auswirkungen es habe, wenn die Höhenbegrenzung wegfalle. Dürften die Industriebetriebe zukünftig beliebig hoch bauen?

Technischer Angestellter Engels erklärte, dass im Bebauungsplan festgesetzt sei, dass pro Quadratmeter Grundstücksfläche 10 Kubikmeter Baumasse errichtet werden dürfen. Darüber werde die maximale Gebäudehöhe gesteuert. Außerdem würden die erforderlichen Abstandsflächen eines Gebäudes zur Grundstücksgrenze dessen Höhe begrenzen.

Stadtverordneter G. Gudduschat wies darauf hin, dass man mit der Verringerung der Breite der Eingrünung auf 10 m 20 m näher an das Wohngebiet Im Kauert rücke.

Technischer Angestellter Engels erklärte, dass man durch diese Änderung jedoch wertvolles Gewerbeland intensiver nutzen könne. Der Abstand zum Wohngebiet Im Kauert betrage nach der Änderung immer noch 250 m, zusätzlich werde ein Lärmschutzwall errichtet.

Stadtverordneter G. Gudduschat zog einen Vergleich zur Wohnbebauung in der Nähe der Schokoladenfabrik und fragte, welches Baugebiet näher an Industriebetrieben liege.

Technischer Angestellter Engels sagte, dass die an die Schokoladenfabrik angrenzende Wohnbebauung vom Abstand her näher an einem Industriebetrieb liege, als die Wohnbebauung im Bereich des Kauerts.

Stadtverordneter Pickartz erklärte, dass Stadtverordneter G. Gudduschat ihm die Frage zum Wohngebiet Im Kauert vorweg genommen habe. Er thematisierte die Höhenbegrenzung durch die Baumasse. Je größer das Grundstück sei, desto mehr Baumasse gebe es. Daraus folgere er, dass aus der größeren Baumasse auch eine höhere Bebauung resultiere.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek erklärte, dass mit dem Anstieg der Baumasse eines Gebäudes die mögliche Höhe geringer werde. Er versicherte den Ausschussmitgliedern, dass die vorgeschriebenen Immissionswerte für ein allgemeines Wohngebiet im Bereich des Kauerts einzuhalten sind.

Stadtverordneter Pickartz sagte, dass ihn diese Information beruhige. Er finde es jedoch bedauerlich, dass die Grünfläche in der Talstraße als nicht hochwertig beschrieben wurde. So etwas höre er nicht gerne

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek erklärte, dass nicht hochwertig die falsche Ausdrucksweise und nicht so gemeint war. Er sagte weiterhin, dass der ökologische Ausgleich aufgrund der Änderung des Bebauungsplans neu berechnet werde. Um den Freiflächenverbrauch gering zu halten werde der Ausgleich an einer anderen Stelle im Stadtgebiet erbracht. Trotz der Änderungen werde der Ausgleich zu 100 Prozent erfüllt.

Stadtverordneter Wynands fragte, was mit den durch die Änderung als Industrie- bzw. Gewerbegebiet ausgewiesenen Flächen geschehen könne.

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek antwortete, dass die Gemeinde bzw. der Stadtrat die Planungshoheit habe. Denkbar sei es, die Flächen für ökologische Ausgleichsmaßnahmen zu nutzen. Momentan seien es Ackerflächen.

Stadtverordneter Kozyan sprach die Verringerung der Grünflächen auf 10 m an und fragte, warum der Ausgleich nicht im Gebiet erbracht werde.

Technischer Angestellter Engels erklärte, dass es einen 100 prozentigen Ausgleich für alle verschwindenden Grünflächen geben werde. Der Ausgleich werde eventuell an externer Stelle erbracht. Man müsse überlegen, an welcher Stelle eine ökologische Aufwertung mehr Sinn mache. Als Beispiele nannte er eine Streuobstwiese oder die Vernetzung von Biotopen. Durch solche Maßnahmen er-

reiche man eine höhere Aufwertung und habe einen geringeren Freiflächenverbrauch.

Beschlussempfehlung:

- 1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus beschlossen.**
- 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.**
- 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig.

4 Antrag nach §4 Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse; Änderung an der Geilenkirchener Straße

Stadtverordneter Pickartz erklärte, dass er die Sitzungsvorlage intensiv studiert habe. Er machte darauf aufmerksam, dass die Verkehrsinsel in der Vergangenheit gebaut wurde, um den Fußgängern eine Möglichkeit zur sicheren Querung der Geilenkirchener Straße zu ermöglichen. Der Bereich sei ein Gefahrenpunkt. Durch das Absenken der Bordsteine werde den Autofahrern wieder ermöglicht, den Bereich mit einer höheren Geschwindigkeit zu passieren. Er wies darauf hin, dass bei dem vorgeschlagenen Lösungsansatz der Verwaltung vergessen wurde, dass insbesondere Kinder und Menschen mit Rollatoren die Verkehrsinsel nutzen und eine sichere Querung gewährleistet werden muss.

Technischer Angestellter Vogelheim sagte, dass Stadtverordneter Pickartz die Sitzungsvorlage missverstanden habe. Die Verkehrsinsel solle nicht abgesenkt, sondern mit neuen 45° abgeschrägten Hochborden eingefasst werden. Beim Überfahren der mit 45 ° abgeschrägten Hochborden eingefassten Mittelinsel würden die Fahrzeuge möglichst schadfrei zurück auf die Fahrbahn gelenkt werden. Der Sicherheitsgedanke werde nicht vernachlässigt, da die Höhe der Verkehrsinsel nicht reduziert werde.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen berichtete, dass auch er sich intensiv mit der Materie befasst habe. Die neuzeitlichen Querungshilfen seien alle mit abgeschrägten Bordsteinen ausgestattet, dies sei ein neuer Standard.

Stadtverordneter G. Gudduschat sagte, dass er sich vor der Antragstellung durch die CDU-Fraktion den besagten Bereich in der Geilenkirchener Straße angeguckt habe. Beim Überfahren der Mittelinsel rumpelte es dreimal, wobei das Überfahren nicht immer mit Absicht geschehe. Es sei nachvollziehbar, dass die Anwohner sich durch die Lärmbelästigung gestört fühlen und diese nicht mehr er-

tragen können.

Stadtverordneter Weißborn sagte, dass kein um 45 ° abgeschrägtes Hochbord sicherer sei als ein normales Hochbord. Durch die Abschrägung werde ein Fahrzeug nicht automatisch auf die Straße zurückgeführt. Er wagte zu bezweifeln, dass der Sicherheitsstandard an der Verkehrsinsel auf der Geilenkirchener Straße gewährleistet bleibt. Die bauliche Veränderung biete seiner Meinung nach den Autofahrern die Möglichkeit schnell zu fahren.

Technischer Angestellter Vogelheim erklärte mithilfe eines Blattpapiers die Abschrägung des Hochbords und die Fahrspur eines PKWs, der das abgeschrägte Hochbord überfährt. Er sagte, dass die um 45 ° abgeschrägten Hochborde extra zu diesem Zweck entwickelt wurden und seit 5 Jahren im Straßenraum eingebaut werden. Er bat um das Vertrauen der Ausschusmitglieder.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen erklärte, dass PKWs zu 90 Prozent nicht an die Kante der Verkehrsinsel kämen. Das Problem trete insbesondere bei LKWs und LKWs mit langen Anhängern auf. Er erinnerte daran, dass er bereits vor 7/8 Jahren einen ersten Antrag zur Änderung der Situation an der Geilenkirchener Straße gestellt habe.

Stadtverordneter Mlaker bestätigte die Wirkung der um 45° abgeschrägten Hochborde. Diese kämen auch auf Autobahnauffahrten zum Einsatz. Durch das Gewicht der LKWs würden diese wieder zurück in die Spur gedrückt.

Auch **sachkundiger Bürger Bröhl** unterstütze die Ausführungen des Technischen Angestellten Vogelheim. Die um 45° abgeschrägten Hochborde seien der neuste Stand der Technik und seien beispielsweise auch an Bushaltestellen im Einsatz. Man müsse sich folglich keine Gedanken um den Schutz der die Straße querenden Personen machen.

Sachkundiger Bürger Böven sagte, dass die Ursache für die Lärmbelästigung darin liege, dass ein LKW einen Anhänger immer gerade hinterher ziehe. In dem Bereich der Geilenkirchener Straße seien die LKW-Fahrer aufgrund von parkenden Autos dazu gezwungen aus der Fahrspur raus zu fahren.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen wies darauf hin, dass auf dem besagten Straßenabschnitt keine Autos parken. Die Verkehrsinsel liege in einer Kurve.

Stadtverordneter Weißborn sagte, dass er von der Änderung technisch nicht überzeugt sei. Er fragte, wie viele Verkehrsinseln im Stadtgebiet erneuert werden müssten, damit die Anwohner nicht aus dem Bett fallen.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen entgegnete, dass nicht alle Verkehrsinseln in Kurven liegen.

Technischer Angestellter Vogelheim stellte klar, dass es derzeit keine Planungen zur Umrüstung aller Verkehrsinseln im Stadtgebiet gebe. Im Rahmen von Straßensanierungen/Straßenerneuerung werden alte Verkehrsinseln natürlich modernisiert. Die Entscheidung für die Verkehrsinsel auf der Geilenkirchener Straße sei eine Einzelfallentscheidung aus konkretem Anlass. Die Kurve, in der

die Verkehrsinsel liege, sei eine langgezogene Kurve. Dies sei nicht alltäglich. Normalerweise befinden sich Verkehrsinseln auf geraden Straßenabschnitten. Das Ausstatten der Verkehrsinsel mit den neuen 45° abgeschrägten Hochborden sei die kostengünstigste Variante und biete allen Verkehrsteilnehmern Sicherheit. Den Fußgänger werde weiterhin ein sicherer Übergang über die Straße geboten, der Verkehrsfluss werde gewahrt und die Anwohner werden einer geringeren Lärmbelastung ausgesetzt. Folglich habe man drei Gewinner bei einer Änderung, die 1.000 € koste.

Sachkundiger Bürger Bröhl ging auf die besondere Situation auf der Geilenkirchener Straße ein. Die Kurve sei eine Schleppkurve. Er schilderte die Fahrspur eines LKWs mit Auflieger und erklärte, wie die Lärmbelastung entstehe.

Stadtverordneter Pickartz äußerte seine Verwunderung darüber, wie emotional die Ausschussmitglieder für eine Ausgabe in Höhe von 1.000 € diskutieren. Er sagte, dass er der Verwaltung unterstelle, sich nicht gut mit der Thematik beschäftigt zu haben, dies jedoch nicht als Absicht sehe. Er erinnerte an die alten Anträge zur Geilenkirchener Straße und deren Intention. Er zog den Vergleich zu einer Radrennbahn, die extra konvex gewölbt ist, um das Rad nach unten zu drücken. Die abgeschrägten Bordsteine seien wohl eher dazu geeignet, dass sich die Autofahrer beim Überfahren der Verkehrsinsel nicht die Felgen kaputt fahren. Zudem würden sie den Verkehrsfluss unterstützen und somit zum schnellen Fahren einladen. Durch das schnelle Fahren entstehe eine andere Form der Lärmbelastung.

Stadtverordneter Kozián fragte wie genau die Kostenschätzung der Verwaltung sei.

Technischer Vogelheim antwortete, dass die Verkehrsinseln 2 Meter breit sei. Er habe die Verkehrsinseln abgescritten und so Maß genommen und sei auf circa 10 Meter Bordstein gekommen. Der Meterpreis betrage 100 €, folglich schätze er die Kosten für die Maßnahme auf 1.000 € plus minus 10 Prozent.

Beschluss:

Die Verwaltung soll in Abstimmung mit dem Straßenbaulastträger die Verkehrsinsel mit abgeschrägten Hochborden ausstatten.

Abstimmungsergebnis:

**10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen**

5 Anregung nach §24 GO NRW des CDU-Ortsverbandes Scherpenseel vom 12.09.2012 zur Umsetzung der Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungsrichtlinie

Stadtverordneter G. Gudduschat bedankte sich für den Bericht der Verwaltung. Er befürwortete die geplante Prüfung, ob Anträge auf Übernahme von besonders lärmintensiven Straßen trotz zu niedrig eingestufte Verkehrsbelastung bei der Neukartierung im Jahr 2017 zugelassen werden sollen. Dies sei ein guter Ansatz.

Seiner Meinung nach sei es nicht erforderlich, 5.000 € in die Hand zu nehmen, damit die Messergebnisse in die Umgebungsrichtlinie des Landes aufgenommen werden.

6 Leistungsfähigkeit der Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg, Antrag des Stadtverordneten Frank Kozian vom 23.02.2015

Schriftführerin Gündling verlas den Antrag des Stadtverordneten Kozian.

Stadtoberamtsrätin Hermanns beantwortete den Antrag:

„Zuständig für die organisatorische Leitung der Freiwilligen Feuerwehr ist gem. § 11.FSHG ausschließlich der Leiter der Wehr in Person des Stadtbrandinspektors Mäntz.

Fachliche Aufsicht über die Freiwillige Feuerwehr führt der Kreisbrandmeister als untere Aufsichtsbehörde und die Bezirksregierung als nächsthöhere obere Aufsichtsbehörde. Diese überprüfen auch die Einsatz- und Leistungsfähigkeit der Feuerwehr.

Über ein durch diese Aufsichtsorgane (§ 33 FSHG Unterrichts- und Weisungsrecht) aufgestelltes Controllingmodul wird die ständige Leistungsfähigkeit unserer Wehr überprüft und bewertet. Alle relevanten Einsätze werden dokumentiert und gehen in diese Bewertung ein.

Der Bürgermeister ist im Rahmen seiner Dienstaufsicht Vorgesetzter aller Beamten und Ehrenbeamten und somit auch des Wehrleiters. Bezüglich organisatorischer Maßnahmen innerhalb der Wehr ist er aber nicht weisungsbefugt.

Insoweit sind die Ausführungen in der Zuständigkeitsverordnung über die Arbeit des Rates und der Ausschüsse u.U. missverständlich. Der Rat und Ausschüsse sind nicht weisungsbefugt gegenüber der Feuerwehr und führen auch keine Aufsicht über diese. Der Unterpunkt V im § 6 Abs. 2 der Zuständigkeitsverordnung - Organisation des Feuerschutzwesens ist insofern u.U. irreführend. Die Auslegung muss dahin gehen, dass dem Ausschuss ein allgemeines Informationsrecht zusteht, dem heute gefolgt wird.

Im Einzelnen nun zu den aufgeführten Punkten:

a) Stand der Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplanes (BSP) im Hinblick auf die nächste Fortschreibung

Der geltende BSP wurde im März 2012 fortgeschrieben und verabschiedet. Die im BSP enthaltenen Festsetzungen werden sukzessive, wie im Zeitplan festgelegt, abgearbeitet.

b) Bericht zum Erreichungsgrad: Hilfsfristen, Funktionsstärken und Art der Dokumentation

Der im BSP festgelegte Erreichungsgrad wurde bisher eingehalten. Der Aufsichtsbehörde ist, aufgrund der Einhaltung aller Parameter, zurzeit nur einmal im Jahr zu berichten.

c) Bericht zur Einsatzbereitschaft: Einsatzpersonal, Mindestfristen, Verfügbarkeit des Personals, Einsatzbeteiligung nach Alter und Aufgabe

Die Feuerwehr hat bis heute den von ihr geforderten und im BSP festgelegten Erreichungsgrad (80% bei Alarmstichwort Feuer 2 und eingeklemmte Person) bei den Hilfsfristen erreicht. Die Funktionsstärken sind auch im Normbereich. Das wird im Controlling festgehalten, und wie zuvor ausgeführt einmal jährlich dem KBM als vom Kreis bestimmte Aufsicht vorgelegt. Eine Beurteilung nach Altersstruktur erfolgt nicht. Das vorhandene Personal wird nach Qualifikation eingesetzt. Zurzeit gehören der Wehr an: 165 Aktive; 22 Jugendfeuerwehr; 57 Altersabteilung.

d) Bericht zur internen und externen Überprüfung der Feuerwehr

Die interne Überprüfung obliegt dem Wehrleiter; die externe den Aufsichtsbehörden Kreis und Bezirksregierung im Rahmen des Controlling.

e) Bericht zur Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen

In jeder Einheit werden regelmäßig Übungen abgehalten (ca. 26 Übungen pro Jahr und Einheit). Die Übungspläne werden durch den Wehrführer genehmigt; dazu kommen noch Ausbildung und Einsätze. Darüber hinaus erfolgt die Teilnahme an Lehrgängen beim Kreis und beim IDF Münster z.B. 2013: 4 Feuerwehrmänner Münster (2X2 Wochen; 2X 3Wochen), Atemschutzlehrgang 10 Personen. 2014: 10 Feuerwehrmänner Grundausbildung; 2 x Techn. Hilfeleistung; 1 Trupführerlehrgang, 3x Lehrgänge in Münster (1X3 Wochen 2X 1 Woche).

f) Details zum Stab außergewöhnliche Ereignisse

Daran wird zurzeit noch gearbeitet, ist aber fast fertiggestellt. Wir sind aber im Katastrophenabwehrplan des Kreises mit eingebunden. Bei Großschadenslagen ist die Zuständigkeit des Kreises gegeben.

g) Bericht zur Geräte- und persönliche Ausstattung

Die Geräte und die persönliche Ausstattung entsprechen dem heutigen Stand der Technik. Wir sind bemüht, dem Stand der Technik zu folgen, und haben dies bis heute auch erfolgreich in allen Bereichen tun können.

h) Bericht über Mitglieder und Altersstruktur

Im Hinblick auf den Datenschutz können keine Einzelheiten genannt werden; die Altersstruktur habe aber noch gute Mischung.

i) Bericht zur Personalgewinnung; Jugendfeuerwehr, Zuzug, Einstellungen

Es werden keine besonderen Maßnahmen durchgeführt. Aus der Jugendfeuerwehr und Zuzügen kommen immer wieder Nachwuchskräfte nach.

j) Bericht zu Brandschauen

Brandschauen werden regelmäßig durchgeführt; oft auch in Zusammenarbeit mit der Brandschutzdienststelle und der Bauaufsicht des Kreises Heinsberg als wiederkehrende Prüfung. Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden keine Einzelheiten bekanntgegeben.

k) Übereinkunft der Stadt Übach-Palenberg und der Gemeinde Landgraaf

Die Anzahl der Einsätze hat sich deutlich verringert. Die Strukturen in den Niederlanden sind geändert worden, das Einsatzgebiet verringert. Es werden alle Einsätze zu den in der städtischen Satzung festgelegten Sätzen abgerechnet. Die Übereinkunft sollte geändert werden, da von beiden Seiten aber die Notwendigkeit nicht mehr gesehen wurde, wurde das Verfahren nicht weiterbetrieben.

l) Bericht über besondere Vorkommnisse seit 2012

Keine besonderen Vorkommnisse zu vermelden.“

Stadtverordneter Kozián sagte, dass es bedauerlich sei, dass sein umfassender Antrag von der Verwaltung mit einer so oberflächlichen Beantwortung abgetan wurde. Er berichtete von einem Gaststättenbesuch anlässlich eines Stammtisches. Bei dem Besuch habe er erhebliche Mängel im Bereich des Brandschutzes festgestellt. Als Beispiel nannte er die Notausgänge. Im Einsatzfall könne es seiner Einschätzung nach in dieser Gaststätte zu Problemen kommen. Er wies darauf hin, dass Brandschauen in Zeitabständen von 3 bis 5 Jahren durchzuführen seien und fragte, wie viele Brandschauen die Freiwillige Feuerwehr pro Jahr durchführe.

Stadtbrandinspektor Mäntz antwortete, dass die Freiwillige Feuerwehr Brandschauen sowie wiederkehrende Prüfungen durchführe als auch Neubauten abnehme. Er schätzte, dass die Freiwillige Feuerwehr durchschnittlich 20 Brandschauen pro Jahr mit dem Kreis Heinsberg durchführe. 2012 worden 30 kleinere Betriebe besichtigt und abgenommen.

Stadtverordneter Kozián fragte, ob Brandschauen gebührenpflichtige Maßnahmen seien.

Stadtbrandinspektor Mäntz verneinte dies. Brandschauen seien kein Bestandteil der Satzung.

Sachkundiger Bürger Weinen erkundigte sich, ob die Behauptung, dass alle 5 Jahre Brandschauen durchgeführt werden müssen, stimme.

Stadtbrandinspektor Mäntz antwortete, dass nicht jeder Betrieb brandschauptpflichtig sei. Der Kreis Heinsberg schlage im Rahmen der Bauabnahme vor, welche Betriebe kontrolliert werden müssen. Weiterhin berichtete er, dass die Landesbauordnung NRW angepasst worden sei. Dort sei geregelt welche Betriebe in welchen Abständen geprüft werden müssen. Die meisten Betriebe im Bereich der Stadt Übach-Palenberg seien nur alle 6 Jahre brandschauptpflichtig. Desweiteren gebe es beispielsweise wiederkehrende Prüfungen die vom Kreis Heinsberg durchgeführt werden. Als Beispiele nannte er Kindertagesstätte und Verkaufsstätten.

Stadtverordneter Bien sagte, dass die Verwaltung ihre Chance mit der Beantragung des Antrages vertan habe. Er stellte klar, dass die Feuerwehr nicht angegriffen werden sollte. Man interessiere sich lediglich für ihre Funktion. Er bat darum, den Bericht schriftlich zu erhalten. Er folgerte aus dem Bericht der Verwaltung, dass bei der Übach-Palenberger Feuerwehr alles in Ordnung sei und man zufrieden sein könne. Er persönlich hätte gerne genauere Information zur Effizienz der Feuerwehr erhalten.

Stadtoberamtsrätin Hermanns erklärte, dass die Feuerwehr nicht den geforderten Erreichungsgrad erreichen würde, wenn sie nicht personell und materiell ausreichend aufgestellt sei.

Seitens des Ausschusses kam die Frage, wie viele Feuerwehrleute regelmäßig an Einsätzen teilnehmen.

Stadtbrandinspektor Mäntz antwortete, dass von den 165 aktiven Feuerwehrleuten 105 bis 110 regelmäßig an Einsätzen teilnehmen würden. Bei einem Feuer der Stufe 2 müsse die Feuerwehr beispielsweise 22 Funktionen vorhalten. In 86 % der Einsätze habe man dies erreicht. Er erklärte, dass die Feuerwehr noch relativ gut aufgestellt sei. Er könne jedoch nicht sagen, wie es in einem Monat aussehe. Er sprach die Problematik an, dass nicht jeder Arbeitgeber seine Angestellten für die Tätigkeit bei der Feuerwehr freistelle. Der Samstag, an dem viele Übungen und Fortbildungen stattfänden, sei heutzutage für viele Arbeitnehmer ein normaler Arbeitstag. Die Freistellung für die Tätigkeit in der Feuerwehr werde nicht leichter sondern schwerer.

Stadtverordneter G. Gudduschat nahm Bezug auf die Aussage des Stadtverordneten Kozián, dass die Frage oberflächlich beantwortet sei. Dem Bericht der Verwaltung seien seiner Meinung nach alle wichtigen Informationen zu entnehmen gewesen. Die Feuerwehr sei funktionsfähig, was das durchgeführte Controlling belege. Ergänzend habe Stadtbrandinspektor Mäntz alle Fragen beantwortet. Für ihn seien diese Informationen ausreichend.

7 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

8 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Stadtoberverwaltungsrat Waliczek berichtete über die aktuelle Entwicklung des geplanten Neubaus der TC Kleben GmbH auf dem Gelände des CMC. Die Gesellschaftsorgane der TC Kleben GmbH hätten die notwendigen Beschlüsse zur Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes neben dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Zeche Carolus- Magnus gefasst und der Notartermin fände zeitnah statt.

Anfrage der CDU-Fraktion:

Sachkundiger Bürger Weinen berichtete, dass entlang des Straßenabschnitts der Friedrich-Ebert-Straße vom Mobau Baumarkt bis zur Kreuzung Talstraße der Grünstreifen weggebaggert wurde. Er fragte nach dem Grund.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass die Verwaltung diese Anfrage schriftlich beantworten werde.

Anfragen der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter Pickartz sagte, dass in der Comeniusstraße auf Höhe des Parkplatzes der Erlöserkirche Bäume gefällt worden sind. Er fragte, was dort geschehen sei.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass die Verwaltung klären werde, um welches Grundstück es sich handelt. Die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Stadtverordneter Pickartz wies desweiteren darauf hin, dass in der Poststraße und im Stadtteil Frelenberg Bäume sehr stark zurückgeschnitten worden sind. Dies sei grundsätzlich nicht schlecht. Wenn man Bäume jedoch so stark beschneide, könnten sich wilde Baumkronen bilden. Dies habe zur Folge, dass die Bäume jährlich geschnitten werden müssten. Außerdem könnten Sollbruchstellen entstehen was schlimmsten Falls zur notwendigen Fällung der Bäume führen könnte. Er fragte, ob die Folgerückschnitte in der Kostenkalkulation der Stadt Übach-Palenberg berücksichtigt worden sind.

Stadtverordneter Weißborn sagte, dass der Eingriff in der Poststraße sehr groß sei und es sich um einen optisch gravierenden Einschnitt handle. Bei Rückschnitten einer solchen Größenordnung müsse der Ausschuss vorab informiert werden.

Stadtverordneter Mlaker erklärte, dass sich die Bewohner der angrenzenden Häuser in der Poststraße über die Äste beschwert haben.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass er den Hinweis des Stadtverordneten Pickartz ernst nehme. Bei Gefahrenbäumen müsse die Verwaltung unverzüglich handeln, in diesen Fällen sei eine vorherige Information an den Ausschuss nicht möglich. Bei regulären Rückschnitten dieser Größenordnung werde er jedoch versuchen, es dem Ausschuss vorab mitzuteilen.

Ausschussvorsitzender F. Fröschen schloss um 18.50 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 10 Minuten an.

F. Fröschen
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin